



© PRIVAT

Am 1. Juni war Kindertag! DIE LINKE lässt auch nach dem Kindertag kein Kind im Stich. In Lichtenberg werden wir die Kinderarmut bekämpfen, KITAs, Schulen und Spielplätze bauen.

Ich sag mal ...



© PRIVAT

Anlässlich des Internationalen Kindertages fragt man sich als Vater ganz besonders, wie mit den gesellschaftlichen Widersprüchen in Fragen der Erziehung umgehen?

Unsere Kinder – solange es geht – vor den Fliehkräften der Konkurrenz- und Effizienzgesellschaft zu bewahren, sie aber gleichzeitig dafür zu stärken.

Ihren Bedürfnissen zu entsprechen, aber auch zu verdeutlichen, wie viele darunter künstlich geschaffen sind. Ihren Blick für Armut und Entrechtung zu schärfen, ohne tägliches Glück und Freude aus dem Auge zu verlieren. Ihren kritischen Geist spielerisch zu wecken und wachzuhalten, ohne den Respekt abzulegen. Und niemals ihre Sorgen zu unterschätzen.

Ich habe prächtige Kinder, mit denen sich jeden Tag gesellschaftliche Widersprüche spielerisch aufheben lassen – mit Schippe und ohne.

Darum will ich hier auch einmal Danke sagen. Danke für jedes müde Morgenlächeln. Danke für jeden kühnen Versuch, mir am Abend die volle Brotbüchse zu erklären.

Danke für jedes gebastelte Herz und jede gemalte Familie. Danke für Euer Verständnis für Euren Papa, der gern noch öfter für Euch da wäre.

TINKO HEMPEL



Hubertusbad – aus Stillstand wird Fortschritt

In solchen Momenten geht einem Bürgermeister das Herz auf, denn es geht voran im Hubertusbad! Viele Lichtenberginnen und Lichtenberger verbinden mit diesem Schwimmbad wertvolle Erinnerungen – sie lernten dort schwimmen, verbrachten ihre Freizeit dort oder sprangen, trotz des schallenden Rufs des Bademeisters, vom Beckenrand. Viele schmerzte der Leerstand dieses historischen Juwels. Es kam zunehmend in die Jahre und verrottete. Es gab Absichtserklärungen, aber kaum Bewegung. Keine Investoren, es war kein Geld da. Nun endlich geht es vorwärts.

Noch dieses Jahr werden durch das Land Berlin erste Maßnahmen

ergriffen, um den Verfall zu stoppen – aus Stillstand erwächst endlich Fortschritt. Schon 2019 kann es zu einer sogenannten Aktivierungsnutzung kommen. Das Haus wird für die öffentliche Nutzung geöffnet. Veranstaltungen, Events und Begegnungen sind im Hubertusbad geplant. Hierfür werden die Sanitäreinrichtungen saniert, Fluchtwege eingerichtet, die Fassade an der Haupteingangsfront gesichert und ein barrierefreier Zugang geschaffen. Nach dieser Aktivierungsnutzung folgen weitere Stufen der Wiederbelebung, so die Zwischennutzung für Kulturschaffende und Kreativkünstler. Ob der Badebetrieb wieder möglich scheint, werden die kommenden

Schritte zeigen. Das Hubertusbad spricht für die Entwicklungen in Lichtenberg insgesamt, ein Bezirk, der vielerorts neu gedacht wird, sich neu erfindet und weiter entwickelt. Das Hubertusbad könnte zu einem Projekt mit Leuchtkraft werden. Es hat eben doch Sinn, Grundstücke in Landesbesitz zu halten, anstatt sie einfach an die Meistbietenden zu verkaufen.

Dank gilt allen, die sich für die Öffnung des Hubertusbads stark gemacht haben – insbesondere die zahlreichen Engagierten des Fördervereins und der Genossenschaft, der Ämter und Bezirkspolitiker. Und nicht zuletzt die Lichtenberger LINKEN.

MICHAEL GRUNST

Wohnung:

Interview mit Stefanie Frensch, Geschäftsführerin der HOWOGE.



03

Gesundheit:

In Lichtenberg fehlen Hebammen.



04

© ERIC FROEHLING ON UNSPASH

Kleinod:

Die erste deutsche Plattenbaubausiedlung – entstand vor 90 Jahren.



05

Steuern:

Steuerprüfung bei Einkommensmillionären versechsfacht.



06

KURZ GEMELDET

SENIORENVERTRETUNG ERNEUERT

Nach der Neuwahl Anfang Mai übernehmen Gunar Klapp als Vorsitzender und sein Stellvertreter Georg Wichmann die Leitung der Lichtenberger Seniorenvertretung. Sie treten in die Fußstapfen von Renate Mohrs und Jürgen Steinbrück. Nach Berufung von Hildegard Müller ist die 17-köpfige Vertretung wieder vollständig besetzt. Der 66-jährige gelernte Krankenpfleger Gunar Klapp arbeitete ab 1978 als Gewerkschaftssekretär bei Handel-Banken-Versicherungen im Ruhrgebiet und lebt jetzt wieder in Berlin. Georg Wichmann, ehemals Geschäftsführer der Katholischen Akademie, lebt im Ostseevierviertel.

MILIEUSCHUTZ WEITLINGKIEZ

Auf Drängen der LINKEN wurde jetzt der Milieuschutzstatus für den Weitlingstraßenkiez durchgesetzt. Nach einem fehlorientierenden Gutachten 2016 erreichten Mieterberatung und Milieuschutzinitiative dessen Aktualisierung. „Wie von uns vermutet“, so Bezirksbürgermeister Michael Grunst (DIE LINKE.) „bestätigte sich der Verdrängungsprozess“. Nun konnten Bezirksparlament und Bezirksregierung ihn verzögern. „Für bezahlbaren Wohnraum bedarf es aber einer mieterorientierten Bundesgesetzgebung“, so Grunst. Am 25. Juni will das Planungsbüro Topos um 18.30 Uhr in der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde, Heinrichstraße 31, Ergebnisse seiner Studie vorstellen.



SPIELPLATZ-RENAISSANCE

Mieterwünschen folgend stellte die HOWOGE rechtzeitig zum Sommerbeginn den Spielplatz auf dem Wohnhof Plonz-, Schottstraße einschließlich seiner Geräte wieder her. Diese hatten schon ein Jahrzehnt auf dem Buckel. Auf dem Foto bereiten Baggerführer Torsten Weber und Marko Antrick von der Hohenschönhauser Fa. G. Schumacher GmbH & Co. KG. den Platz für die Aufbauten vor.

JOACHIM PAMPEL

Neues Wohnen in Hohenschönhausen Nord



Ein kompetentes Podium, das keine Frage unbeantwortet ließ.

Was wird wann und wo im Norden Hohenschönhausens gebaut? Das war die Leitfrage der zweiten Veranstaltung der neuen Reihe „Auf einen Kaffee mit Ines Schmidt & Gesine Löttsch“, die am 13. Mai im Kieztreff Falkenbogen (Grevesmühlener Straße 20) stattgefunden hat.

In gewohnt ungezwungener Atmosphäre drehte sich der Sonntagvormittag diesmal um die Themen Mieten, Stadtentwicklung, Wohnen und Neubau. Dazu hatten unsere beiden

Abgeordneten folgende Gäste eingeladen: Stefan Schautes, Prokurist und Bereichsleiter Neubau der HOWOGE, Prof. Dr. Jürgen Hofmann, unser langjähriger Bezirksverordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Ökologische Stadtentwicklung und Mieterschutz in der BVV Lichtenberg sowie Norman Wolf, Vorsitzender unserer BVV-Fraktion.

Zunächst fand eine Präsentation der aktuellen Neubauprojekte der HOWOGE im Stadtteil – Barther Straße, Detlevstraße, Mühlengrund, „Mein

Falkenberg“, Seehausener Straße und Wollenberger Straße – durch Herrn Schautes statt. Dem folgte eine lebhaftige Diskussion mit den ca. 25 BesucherInnen im Publikum über Details der einzelnen Vorhaben. Gefragt wurde v. a. nach Mietpreisen, dem Anteil geförderten Wohnraums, der Ausstattung der Wohnungen und der Nahversorgung. Die Rede kam auf andere wichtige Objekte wie z. B. den Kinovorplatz an der Wartenberger Straße oder die Falkenberger Chaussee 95, wo jeweils Einzelhandel und Wohnungen entstehen sollen. Im weiteren Diskussionsverlauf wurden viele Themen angesprochen: Bürgerbeteiligung, die überfällige Überarbeitung des Flächennutzungsplans, Ökologie, Flächenknappheit und Nachverdichtung, die jüngste Debatte um die Bebauung von Kleingartenanlagen sowie Privatisierung. DIE LINKE werde sich sowohl im Bund als auch in Berlin immer strikt gegen Privatisierungen stellen, stellten Gesine Löttsch und Ines Schmidt unmissverständlich klar. Alle Beteiligten waren sich über die hohe Bedeutung der Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben einig. Keine der zahlreichen Fragen blieb unbeantwortet.

ROMAN VERESSOV

Für ein offenes und solidarisches Lichtenberg

Seit 2002 koordiniert die Fach- und Netzwerkstelle LICHT-BLICHE die Partnerschaften für Demokratie, die Netzwerkstelle für Kinder und Jugendpartizipation und das Lichtenberger Register.

Das Register erstellt einen Überblick über neonazistische Vorkommnisse im Bezirk. Die Zahlen werden am Ende des Jahres in einer Auswertung zusammengefasst. Da Lichtenberg seit den 1990er Jahren als Schwerpunkt neonazistischer Organisation wahrgenommen wird und über eine aktive Neonaziszene verfügt, hat das Register vor allem die Aufgabe, örtliche Schwerpunkte festzustellen, Treffpunkte und Gruppierungen öffentlich zu machen und dem Bezirk so Handlungsoptionen zur Verfügung zu stellen.

So wurden in Lichtenberg im Jahr 2017 insgesamt 268 Vorfälle gezählt. Das entspricht einem Rückgang von etwa 25% im Vergleich zum Vorjahr, liegt aber immer noch über den

Zahlen von 2015, dem Höhepunkt flüchtlingsfeindlicher Mobilisierung im Bezirk. Lichtenberg Mitte war mit Abstand das Zentrum extrem rechter und rechtspopulistischer Aktivitäten. Vorfälle können dem Register direkt gemeldet werden oder einer der vielen Netzwerkstellen im Bezirk.

Seit 2007 ist Lichtenberg Mitte Teil der Bundesprogramme für Demokratie gegen Rechtsextremismus. LICHT-BLICHE hat anlässlich des zehnjährigen Jubiläums einen Film erstellt, der die Stimmen von engagierten Leuten aus dem Weitlingkiez in Lichtenberg eingefangen hat. Sie erzählen davon, wie sie ein entschlossenes und breites Bündnis von demokratisch Engagierten aufgebaut haben und damit erfolgreich gegen die Dominanz von extrem rechten Akteuren im Kiez protestiert haben. Die Erfolge all dieser Jahre sind dem Mut und dem Engagement vieler BürgerInnen des Stadtteils sowie zahlreicher Un-

terstützung von außen zu verdanken.

Beim Gedenken an die Verfolgten der NS-Zeit berät LICHT-BLICHE interessierte BürgerInnen, Jugendclubs und Schulen, die zu den Biografien forschen möchten und unterstützt bei den unterschiedlichen Schritten im Vorfeld der Verlegung eines Stolpersteins. Stolpersteine sind in den Bürgersteig eingelassene, mit Messing beschlagene, Pflastersteine. Die individuelle Gravur erinnert an Verfolgte des Nationalsozialismus an deren ehemaligem Wohnort.

Ebenfalls über die Netzwerkstelle erhältlich ist das Wimmelbild mit 41 ausgewählten „Orten der Demokratie“ in Lichtenberg. „Orte der Demokratie“ sind diskriminierungsfreie Räume, die Partizipation, Mitgestaltung und ein solidarisches Miteinander ermöglichen. CHRISTIAN ZOPF

■ Weitere Informationen: licht-blicke.org

Das Angebot bestimmt die Nachfrage

Stefanie Frensch ist Architektin und Immobilienökonomin. Seit 2011 ist sie Geschäftsführerin der HOWOGE. Mit ihr sprach „info links“ über Wohnungsneubau und bezahlbare Mieten in Lichtenberg. | Von KLAUS SINGER



Die Chefin der HOWOGE hatte sich eine Stunde Zeit genommen, um alle Fragen zu beantworten. Vor dem Interview studierte sie aufmerksam die aktuelle „info links“.

■ **In Berlin demonstrierten tausende Menschen unter dem Motto „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mieterwahnsinn“. Welche Antworten hätten Sie den Demonstranten gegeben?**

Ich hätte den Demonstranten gesagt, dass der Mietenanstieg nur durch eine Maßnahme wesentlich gedämpft werden kann – durch das Schaffen von mehr Angeboten. Da sind die Gesetze der Marktwirtschaft eindeutig. Denn egal, welche Regulierungen wir uns ausdenken, Wohnungen entstehen dadurch nicht.

■ **In London und in Paris bekommen Menschen, die ein normales Gehalt haben, kaum noch eine bezahlbare Wohnung. Werden wir diese Situation in Berlin in 10 Jahren auch haben?**

Das hängt davon ab, wie viele Flächen wir in den nächsten Jahren aktivieren können, ob wir Baufirmen für unsere Projekte finden und inwieweit die Menschen, die in der Nachbarschaft leben, den Neubau akzeptieren.

■ **Ihre Projekte werden doch europaweit ausgeschrieben. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass es bei Firmen in Italien oder Polen kein Interesse gibt?**

Bislang hat sich kein italienisches Unternehmen auf unsere Ausschreibungen gemeldet. Mit einer polni-

schen Baufirma hingegen arbeiten wir bereits zusammen – das ist aber tatsächlich eine Ausnahme. Der Grund dafür sind sicherlich auch die sehr komplizierten Ausschreibungsverfahren, die in der Regel in deutscher Sprache erfolgen. Im Augenblick suchen wir vor allem in Süddeutschland nach neuen Partnern für unsere Bauvorhaben.

■ **Haben Sie genügend Grundstücke für die Wohnungen, die Sie bauen wollen?**

Für die nächsten fünf Jahre haben wir sie, aber nicht für die nächsten zehn. In diesem Zeitraum sollen die städtischen Wohnungsgesellschaften ihre Bestände von 300.000 auf 400.000 Wohnungen erweitern. Mit jedem Neubauvorhaben wird es schwieriger, die Akzeptanz bei den Bewohnern herzustellen. Hier müssen wir eng mit der Politik zusammenarbeiten, um den Menschen klar zu machen, dass Neubau auch ein Gewinn für das jeweilige Quartier sein kann, aber auch für die Stadt dringend notwendig ist.

■ **In der Ilsestraße hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die sich gegen die Pläne der HOWOGE wendet, die Innenhöfe zu bebauen. Haben Sie schon alle Flächen genutzt, um Nachverdichtungen zu vermeiden?**

Wir beabsichtigen nicht, mit dem Neubau unsere Bestandsmieter zu belasten. Vielmehr geht es darum, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Mit dem Senat haben wir vereinbart, dass die Mieten für neue Wohnungen gedeckelt werden. Für die geförderten Wohnungen sind das Mieten ab 6,50 Euro/pro m². Gleichzeitig ist der Baukostenindex in den vergangenen 18 Monaten um mehr als zehn Prozent gestiegen und die Grundstückspreise haben sich vervielfacht. Das Areal in der Ilsestraße befindet sich bereits im Eigentum der HOWOGE. Wenn wir an dieser Stelle ein Grundstück kaufen müssten, würde das bedeuten, dass wir 600 bis 800 Euro oder auch mehr für den Quadratmeter vermietbare Wohnfläche investieren müssten. Das Geld würde dann an anderer Stelle fehlen.

■ **Kann es sein, dass die Bewohner von der Ilsestraße das Gefühl haben, dass die HOWOGE mit Macht ihre Pläne durchsetzen will, ohne die Anwohner genügend einzubeziehen?**

Wir haben die Anwohner einbezogen und daraufhin unsere Pläne verändert. Die Zahl der geplanten Wohnungen und die Geschosshöhe wurden reduziert. Darüber hinaus werden wir einen Hof gar nicht bebauen und die Abstände zwischen den Häusern

vergrößern. Das ist der Kompromiss. Ganz auf die Bebauung zu verzichten, können wir uns alle nicht leisten.

■ **Die Bestandsmieten liegen bei der HOWOGE bei 5,83 Euro/m². Neumieter müssen 6,18 Euro/m² zahlen. Können Sie sich vorstellen, mögliche Mietsteigerungen auszulassen?**

Auch als landeseigenes Unternehmen sind wir mit steigenden Bau- und Reparaturkosten konfrontiert – wir wollen den Bestand ja auf einem guten Niveau erhalten, gleichzeitig nehmen wir auch unsere Verantwortung als Arbeitgeber ernst und haben einen Tarifvertrag einzuhalten. Vor diesem Hintergrund muss es auch bei uns Preissteigerungen geben.

Nichtsdestotrotz bleiben unsere Mieten sozial verträglich. Wenn Mieter aus unterschiedlichen Gründen die Mieterhöhungen nicht zahlen können, setzen wir die Erhöhung aus.

■ **Sie bauen auf dem Stefan-Heym-Platz die neue HOWOGE-Zentrale. Wird Ihre Geschäftsadresse auch Stefan-Heym-Platz lauten?**

Davon gehe ich aus, wenn das Bezirksamt nichts dagegen hat. Dieser Platz ist übrigens ein gutes Beispiel für Bürgerbeteiligung.

■ **Das wird unsere Leserinnen und Leser freuen. Vielen Dank für das Interview.**

Wo sind die Hebammen?

Auszüge aus der Bundestagsrede von Gesine Löttsch im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Thema Gesundheit.

Über längere Wartezeiten für Kassenpatienten wurde in den Medien schon viel berichtet, bisher hat sich aber nicht viel politisch getan. Mindestens genauso schwerwiegend ist die Abwanderung von niedergelassenen Ärzten in Regionen, in denen viele Privatpatienten leben. Wir sehen das in Berlin besonders deutlich. Immer mehr Fachärzte wandern von Ost- nach Westberlin ab. In Zehlendorf gibt es einfach mehr Privatpatienten als in Lichtenberg.

Die Lösung ist eine solidarische Bürgerversicherung, die Schluss macht mit der Aufteilung der Patienten in gesetzlich und privat Versicherte. Mit dieser vernünftigen Forderung ist die SPD in die Koalitionsverhandlungen gegangen. Leider ist sie schon nach wenigen Stunden eingeknickt. Die unangenehmen Folgen erleben die Menschen jetzt in überfüllten Wartezimmern.

In meine Sprechstunde kam eine schwangere Frau zu mir, die in ganz Lichtenberg keine Hebamme finden konnte. Wir reden hier von einem Stadtbezirk mit fast 300.000 Einwohnern. Die Krankenkasse empfahl der Schwangeren, in ganz Berlin nach einer Hebamme zu suchen. Gleichzeitig schließen jedes Jahr mehr Kliniken ihre Geburtsstationen. 2016 gab es mit 690 Entbindungsstationen ein Fünftel weniger in Deutschland als zehn Jah-

re zuvor. Diese Entwicklung spüren Frauen besonders schmerzlich, wenn überfüllte Kliniken sie kurz vor der Geburt abweisen. Laut einer Umfrage der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe passierte das im zweiten Halbjahr 2017 in einem Drittel der knapp 200 befragten Krankenhäuser. Als wichtigste Ursachen nannten diese einen Mangel an Hebammen, an Kreißsälen sowie an Betten auf der Frühchen-Station. Das sind doch unhaltbare Zustände. Herr Spahn, das müssen Sie in Ordnung bringen. Im Koalitionsvertrag versprechen Sie „wohnortnahe Geburtshilfe“. Wann können schwangere Frauen mit der Erfüllung Ihres Versprechens rechnen?

Die Krankenhäuser haben nicht nur zu wenig Personal, sie haben auch mit einem Investitionsstau zu kämpfen. Teilweise werden Personalmittel genutzt, um dringende Reparaturen zu tätigen. Ich weiß, dass für die Investitionen die Länder zuständig sind, trotzdem sollte der Bund den Ländern helfen, den Investitionsstau in den Krankenhäusern aufzulösen. Mit einer jährlichen Finanzhilfe von 2,5 Mrd. Euro aus Bundesmitteln kann der heute bestehende Investitionsbedarf bei den Krankenhäusern in den kommenden zehn Jahren abgebaut werden. Das ist finanzierbar, wenn Sie sich nicht an der roten Null festhalten und Vermögen gerecht besteuern würden.

3,104

ZAHL DES MONATS

Es gibt finanzielle Angelegenheiten, da gebietet es der haushalterische Sachverstand, die Feder noch mal nachzuspitzen und den Blick auf die dritte Stelle nach dem Komma zu richten. Für die derzeitige Bundesregierung scheint die Unterstützung von Flüchtlingsprojekten solch ein Fall zu sein. Im Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration angesiedelt, soll diese Zuwendung des Bundes künftig um 3,104 Millionen € sinken. Warum das Kanzleramt – unter dessen Dach die Beauftragte Frau Widmann-Mauz arbeitet – hier so exakte Kürzungspläne verfolgt, bleibt rätselhaft. Zumal das Haus selbst schreibt, dass das Antragsvolumen in diesem Jahr 25 Millionen € beträgt.

Es sei daran erinnert, dass das Verteidigungsministerium in diesem Jahr 1,5 Milliarden € mehr bekommt – für so sinnfreie Projekte wie das Nachrüsten eines Uraltflugzeuges der Bundeswehr mit neuen Tragflächen. Von diesem Flugzeugtypen namens Orion wurden vor zwölf Jahren acht Stück gebraucht beschafft – schon damals 20 Jahre alt. Bei allen wurden nach dem Kauf Risse in den Flügeln festgestellt. Ein Flugzeug brachte es gar auf 750 Einzelmängel, wie der Bundesrechnungshof später ermittelte. Mit anfänglich 440 Millionen € Kosten ausgewiesen, hatte der Flieger bereits 2014 die Milliardengrenze durchbrochen – bis 2020 könnten es fast zwei Milliarden € sein. Wenn es um Rüstung geht, ist die Bundesregierung grenzenlos großzügig – nur bei der Flüchtlingsintegration schaut sie sehr genau hin.

TINKO HEMPEL



Der Schauspieler Ben Becker las von Paul Celan „Die Todesfuge“ beim „Lesen gegen das Vergessen“ auf dem Bebelplatz. Mit dabei waren u. a. auch Volker Braun, Christoph Dieckmann, Andrej und David Hermlin, Beate und Serge Klarsfeld, Klaus Lederer und Petra Pau.

„Ich hätte den Demonstranten gesagt...“



Gesine, Johanna und Sebastian trafen sich bei der Demonstration gegen die AfD, die Hass und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land verbreitet.

Ich war auf der großartigen Anti-AfD-Demonstration. Weit über 25.000 Menschen demonstrierten gegen

Hass, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Im Tiergarten folgten Tausende Menschen dem Aufruf von

mehr als 170 Berliner Clubs. Sie wollten die „AfD wegbassen“. Auf einem selbstgebastelten Schild stand: „Bunt statt braun – tanzen bis zum Morgengrauen.“ Doch nicht nur die Lautstärke der Musik, die von den Wagen dröhnte, war beeindruckend, auch die vielen gut gelaunten jungen DemonstrantInnen, die gegen den Rechtsruck in unserer Gesellschaft ein Zeichen setzten. Auf der Spree schipperten große und kleine Flöße. Auf einem schwarzen Segel stand in weißen Lettern „Nie wieder“ und „floating the hate away“. Am Berliner Ensemble war ein riesiges Transparent mit der Aufschrift: „BE gegen rechts“ angebracht. Diese Demonstration hat mir Mut gemacht. Jetzt müssen wir nur noch die Politik der Bundesregierung ändern und damit der AfD die Existenzgrundlage entziehen.

GESINE LÖTZSCH

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch: **Mittwoch, 20.6., 17 Uhr**
Bitte anmelden unter Telefon 99 27 07 25 oder per E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de



Sternmarsch am 3. Mai 2018 in Karlshorst „Unsere Schulen sind am Limit“.

Schulbau – eine Demo als Stein des Anstoßes

Nach massiven Protesten auf den Straßen von Karlshorst am 3. Mai ist Bewegung in die Schulbaudebatte im Bezirk Lichtenberg gekommen.

Es gab Anträge von LINKEN und SPD zu schnellerem Schulbau. Das könnte punktuell Abhilfe schaffen. Wenn von drei Schulbauvorhaben an Waldowallee, Blockdammweg und Trabrennbahn eines Ende 2020 fertig gestellt werden könnte, würde das dem Eisberg, auf den Karlshorst bei Schulkapazitäten zurast, wenigstens die Spitze nehmen.

Die CDU hingegen stellte zur gleichen BVV-Sitzung am 17. Mai eine Anfrage mit dem Tenor zu wenige Wohnungsbaugenehmigungen. Stadtentwicklung kann aber nur gelingen, wenn Senat und Bezirk beim Schul- und Kitabau auch hinterherkommen. Nach jahrelangem Durchwinken von Bebauungsplänen ohne Prüfung, ob in dem Maße, wie gebaut wird, Infrastruktur für die Bewohner des Quartiers zeitgleich entsteht, hat man nun auf Seiten der Bezirkskoalition die Zeichen erkannt.

Es kommt für Karlshorst aber darauf an, dass sich der Bezirk mit Schnellbauanträgen beim Senat auch durchsetzt. Und es wird mit dem Schulbau allgemein schneller gehen müssen, nicht nur mit 4-5 Projekten dort, wo der Bedarf am dringendsten ist.

In der Diskussion wird durch das fachfremde Wirken

des MdA und Innensenators Geisel auch immer wieder die HTW in der Treskowallee als Schulstandort genannt. Die Idee stieß bei den Karlshorstern von Anfang an auf nicht viel Sympathie. Wer die Gegend kennt, weiß, dass hier schon die einzige Oberschule und die größte Grundschule stehen. Dagegen fehlen v. a. im Süden Schulen, und wohnortnahe Beschulung heißt auch immer: weniger Verkehrsbelastung, sicherere Schulwege. Ein geschätzt über 100 Mio. € teurer Umzug nach Schöneweide würde in den Hallen der Lichtenberger HTW zwar Platz für Schulen schaffen, aber dies wäre eben keine zusätzliche Fläche für Bildung und keine Kostenersparnis. Wir würden im Gegenteil die größte Hochschule im Bezirk verlieren und auf einzelne neue Schulflächen verzichten – mal wieder zum Gefallen der Immobilienlobby. Das wäre kein linkes Projekt und keines, von dem Karlshorst wirklich profitiert. Es zeigt, dass in Zwangslagen nicht die besten Ideen entstehen.

Man kommt nicht um Flächenerwerb und Schulneubau herum. Zwar hat es sich herumgesprochen, dass LINKE und CDU den Wegzug der HTW eigentlich nicht wollen. Auf ein eindeutiges, die Debatte abschließendes Bekenntnis zur HTW von Seiten ihres Bürgermeisters und anderer Bezirksspitzen warten die Lichtenberger allerdings noch.

tf

KOMMENTAR



Rassismus entschieden entgegnetreten – im Weitlingkiez und überall

Nach einem rassistischen Übergriff auf Gönül Glowinski, die Betreiberin einer beliebten Eisdiele in der Margaretenstraße, versammelten sich über 150 BürgerInnen an einem sonnigen Samstagnachmittag zu einer Solidaritätskundgebung vor ihrem Geschäft. Zwei Männer haben sie im April genau hier erst rassistisch beleidigt und dann körperlich angegriffen.

Im Weitlingkiez, früher oft als Nazihochburg verrufen, gibt es noch immer geschützte Anlaufstellen für Rechte – wenngleich sich in den letzten Jahren viel getan hat und eine derartige Veranstaltung noch vor ein paar Jahren ohne Anfeindungen kaum vorstellbar gewesen wäre. Aber eben der Vorfall in der Eisdiele war kein Zufall. Und genau deswegen muss genau hingeschaut werden. Alltagsrassismus ist, so scheint es, wieder kneipen- und salonfähiger geworden. Und er war leider auch kein Einzelfall, für Gönül und ihren Lebensgefährten nicht und eben für viele andere auch nicht. Einem engagierten Menschen ist es an diesem Tag zu verdanken, der Zivilcourage gezeigt hat und mutig eingeschritten ist, so dass die Männer flüchteten. Aber sie sind noch da. Und sie kommen vermutlich wieder.

Ein wichtiger Pfeiler, um Rassismus entschieden entgegenzutreten, ist die Kampagne „Bunter Wind für Lichtenberg“, die derartige Solidaritätsveranstaltungen organisiert und unterstützt. Dies bedarf immer wieder eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses und nachbarschaftlicher Solidarität mit all den Menschen, die hier leben. Im Weitlingkiez, in Lichtenberg, in Berlin und überall! Und Gönül setzt – so schwer es auch ist, derartige Erlebnisse zu verarbeiten – ein klares Zeichen: Sie bleibt! Und wir mit ihr!

Gegen Rassismus hilft nur Solidarität – und die haben wir an diesem Samstag gemeinsam gezeigt!

CLAUDIA ENGELMANN

Wer braucht schon Bürgerinitiativen?

Der 200. Geburtstag von Karl Marx zeigt deutlich, dass die Methoden von Politik und Unternehmen sich wiederholen können. Es werden auch heute mit leeren Inhalten Ängste aufgebaut. Wenn die Argumente fehlen, wird es schnell oberflächlich.

„Ein Gespenst geht um in Berlin, das Gespenst der Bürgerinitiativen ...“

Wir vom Ilse-Kiez sind wohl so ein Teil dieses Gespenstes. Wir sind Teil einer längst begonnenen Debatte in dieser Stadt. Bürger wollen sich gemeinsam mit Politikern, Fachleuten aus allen Bereichen in Fragen der Stadtentwicklung einbringen. Den Kiez mit entwickeln dürfen.

Es wollen immer mehr BürgerInnen in ihrem Kiez gemeinsam mit den engagierten jungen, aber auch erfahrenen Bezirkspolitikern das Zusammenleben gestalten. Danke an alle BürgerInnen, die in Parteien politische Verantwortung übernehmen. Es ist bei aller Unterschiedlichkeit auch oft viel Gemeinsames zu erkennen.

Es stimmt, als Bürgerinitiative, die von vielen Menschen unterstützt wird, interessieren wir uns für das, was vor der eigenen Haustür zu verändern ist. Wo denn sonst?

Hier haben wir eine Chance, gemeinsam neu zu gestalten und mit dem Wissen aller Fehler zu vermeiden. Gerade dann, wenn es um die



Die Bürgerinitiative will die grünen Innenhöfe schützen. Wir stehen an ihrer Seite.

Bauabsichten eines landeseigenen „Eigentümers“ geht, wünschen wir offenere und ehrlichere Bürgerbeteiligungen und nicht nur die Erfüllung eines medienwirksamen Alibis für nicht stattfindende Demokratie.

Der Runde Tisch zur Wohnanlage Ilse-Kiez ist Geschichte. Wir haben sehr deutlich erklärt, dass wir diese Veranstaltung mit unseren Ideen erfolgreich gefüllt haben. Leider gab es keinen Kompromiss und zwei sich

feiernde Sieger, die in einer bekannten politischen und wirtschaftlichen Symbiose der Welt erzählen, dass ein Gespenst besiegt wurde.

Das Engagement der Bürgerinitiative in Karlshorst war deshalb ein Erfolg, weil die Anzahl der Mitstreiter für den Erhalt von Lebensräumen hier und in ganz Lichtenberg wächst. Man kennt uns und bedankt sich für ein Jahr Bürgerinitiative. Wir machen weiter für den Kiez, für Karlshorst zum Erhalt der grünen Innenhöfe in Lichtenberg.

DIETMAR STENGEL
BI „Rettet den Ilse Kiez“

TVO: Keine Anbindung an Lichtenberg

Die Tangentialverbindung Ost, also die Verbindung von Marzahn-Hellersdorf nach Köpenick, soll nach den Plänen des Senats keine abzweigende Verbindung nach Lichtenberg erhalten.

Im Raum stand immer wieder, dass entweder die Köpenicker Allee oder die Verlängerte Waldowallee als Anbindungsstraßen dienen müssen. Dies hätte unter Umständen bedeutet, dass Grünflächen, Kleingärten oder Wohngrundstücke an diesen Straßen beschnitten worden wären. Die Entscheidung des Senats ist daher zu begrüßen.

Die Planungen hatten sich zuletzt konkretisiert: Der Lückenschluss für die Straßenverbindung zwischen Ahrensfelde im Norden und Köpenick im Süden sieht nun im nördlichen Teil eine westliche Führung an den Bahngleisen vor, ehe sie im südlichen Bereich ab Biesdorf auf die Ostseite der Gleisstränge wechseln soll.

Insgesamt ist die Verbindung als vierspurige Variante für Kraftfahrer mit einem Fahrradschnellweg geplant.

NORMAN WOLF

Hier zeigen SchülerInnen, was eine Harke ist



Impressionen aus der Gartenarbeitsschule.

Am 27. April 2018 feierte die Gartenarbeitsschule in Karlshorst in der Trautenauer Straße 40 ihr 50-jähriges Bestehen. Am traditionsreichen Standort werden schon seit 1900 die

Beete bestellt. Bis 1966 war hier die Gärtnerei der Familie Koch zu Hause. Als feststand, dass der Bezirk einen

Zentralschulgarten braucht, wurde das Gelände gekauft und seit 1968 haben hier die Kinder die Gärtnerschürze an.

Die Jubiläumsfeier war ein altersübergreifendes Fest. Für die Kleinen gab es Hüpfburg und Umweltbildung und die Großen haben sich intensiv mit dem vielfältigen Angebot an Balkon- und Gartenpflanzen beschäftigt und so mancher Balkon hat jetzt eine Gemüsepflanze und einige Gartenkräuter mehr.

Von allen bewundert wurde die große Kastanie, die dicht am Hauptgebäude steht. Bei der Gründung des Schulgartens wurde eine Kastanie in die Erde gesteckt um zu beobachten, was daraus wird. Es ist ein großer stattlicher Baum geworden, der die Blicke auf sich zieht und das marode Gebäude dahinter zum Teil verdeckt. Böse Zungen behaupten, dass er es ist, der das Haus noch zusammenhält. Hier muss dringend saniert werden,

denn die Gartenarbeitsschule leistet einen wichtigen Beitrag zur Umweltbildung in Lichtenberg. DIE LINKE hat dazu einen Antrag in die BVV eingebracht, in dem die dringend notwendige bauliche Instandsetzung gefordert wird. Seit der Schließung des Hohenschönhauser Standortes ist die Gartenarbeitsschule als außerschulischer Lernort umso wichtiger geworden. Hier arbeiten die Kinder nicht nur im Schulgartenunterricht, sondern auch in Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsgruppen. Sie lernen nicht nur Gemüse und Obst anzubauen, sondern es auch zu verarbeiten.

Nicht zuletzt finden hier wunderschöne Gartenfeste statt, wo die Ergebnisse der Arbeit gezeigt und erworben werden können. Im Herbst wird es wieder ein Kartoffelfest geben, wo ungewöhnliche Marmeladenkreationen angeboten werden. Dazu sind dann auch wieder die Großen eingeladen.

SILKE WENK

Leben ohne Hindernisse

Der jüngste der regelmäßigen Kiezspaziergänge unseres Bürgermeisters Michael Grunst führte durch Neu-Hohenschönhausen Süd, das Leitthema war Inklusion. Vier Stationen standen auf dem Programm. Begleitet von vielen interessierten BürgerInnen, darunter auch mehrere Menschen mit Behinderung, ging es zunächst in die Kita „Hafenstadt“ (Albatros VIVESCO, Matenzeile 26 a). Es gab eine putzige Kindershow mit Tänzen und Liedern zum Thema Ostern und einen Informationsaustausch. Der zweite Halt war der Mühlengrund. Hier informierte die HOWOGE zu dem aktuellen Neubauprojekt. Hier wird auf barrierefreie bzw. barrierearme Gestaltung geachtet, so bspw. durch die Angleichung der heute unterschiedlichen Geländeneiveaus zwischen den Flächen. Auch insgesamt bemüht sich die HOWOGE um Barrierefreiheit im

Neubau, mit einem Anteil von barrierefreien Wohnungen und genereller Barrierefreiheit bis zur Wohnungstür. Anschließend konnten wir eine Musterwohnung der Genossenschaft „Neues Berlin“ in der Matenzeile 21 besichtigen, wo wir uns davon überzeugen konnten, dass auch bereits bestehender Wohnraum barrierearm umgerüstet und zahlreiche Hindernisse beseitigt werden können, obgleich vollkommene Barrierefreiheit leider nicht erreichbar ist. Danach besuchten wir eine ambulant betreute Jugend-Wohngemeinschaft im selben Haus. Die letzte Station war das Kreativhaus 360 Grad am Prerower Platz 10, seit diesem Jahr in Trägerschaft des Vereins Klinka 94. Hier gibt es regelmäßige Ausstellungen sowie Workshops und andere Veranstaltungen, woran man sich kreativ betätigen kann.

ROMAN VERESSOV



Auch der Spaziergang selbst war inklusiv, mit vielen betroffenen Menschen.

Gespräche mit Kaffee und Eis

Bei Temperaturen um die dreißig Grad hatte die BVV-Fraktion der LINKEN aus Lichtenberg Ende Mai zur „Kaffeetafel“ auf den „Johannes-Fest-Platz“ eingeladen. Der Fraktionsvorsitzende Norman Wolf, seine Fraktionskollegin Silke Mock und der im Lichtenberger Abgeordnetenhauswahlkreis 6 bereits dreimal direkt gewählte Harald Wolf, dazu Mitglieder und Sympathisanten des Karlshorster Ortsverbandes hatten Mühe, den interessierten Gästen – zumeist junge Ehepaare mit Kindern – heißen Kaffee als passendes Getränk zu kredenzen. Dafür gingen Freikarten für die Eistütchen umso besser.

Die Gespräche gingen vor allem um das Baugeschehen in Karlshorst, um Wohnungen, Kitas, Schulen. Besorgnis wurde mehrfach geäußert über die unaufhaltsam steigenden Mieten und das quantitative Missverhältnis zwischen dem „Freien Wohnungsmarkt“ und dem sozialen Wohnungsbau. Alles müsste schneller gehen – Infrastruktur inklusive Verkehrsbaumaßnahmen, Sport- und Spielanlagen. Einig waren sich die Organisatoren, Helfer und Gäste der Kaffeetafel, dass eine gewisse Regelmäßigkeit solcher Gespräche nützlich für alle Beteiligten ist.

DIETER GÖRSDORF

BENN tischt auf



Das BENN-Team hat sein Büro in der Warnitzer Straße 14.

BENN tischt auf heißt es am Samstag, den 16. Juni, von 17 bis 20 Uhr auf der Grünfläche am Warnitzer Bogen in Hohenschönhausen. Unter dem Motto „Essen – Schnacken – Kennenlernen“ öffnet das BENN Büro in der Warnitzer Straße 14 seine Pforten. Zur Begrüßung werden Bürgermeister Michael Grunst und von der SozDia Stiftung Berlin Michael Heinisch-Kirch erwartet. Danach treffen Kartoffelsalat auf Hummus, die Band „Habibis“ auf den Chor „Berlin singt mit Flüchtlingen“, Alteingessene auf Neuzugezogene. Also – jede und jeder sollen ihr Lieblingsessen und Ideen und Vorschläge zum gemeinsamen Genießen und Kennenlernen mitbringen.

BENN ist die Abkürzung für das Senatsprogramm „Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften“, das seit Januar diesen Jahres auch seinen Standort in unserem Bezirk in Hohenschönhausen hat. Ziel dieses Programms ist

es, gemeinsam mit Einwohnerinnen und Einwohnern, Vereinen, Trägern, zivilgesellschaftlichen Initiativen und mit Geflüchteten eine gute Nachbarschaft zu entwickeln. Es werden gemeinschaftliche Aktivitäten für gutes Zusammenleben, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die Vernetzung und Kooperation im Kiez und die Entwicklung von Ideen und Projekten durch das BENN-Team um Fabio Reinhardt, Hanna Neuling, Melody Mosavat und Ruslan Aliev unterstützt. Das BENN-Team ist seit dem 1. Juni nicht nur in seinem Büro anzutreffen sein, sondern auch viel im Kiez, so z. B. zum Fastenbrechen am Ende des Ramadans am 15. Juni ab 17 Uhr am Grillplatz im Landschaftspark Nord-Ost oder auf dem Kiezfest im Ostseeviertel am Malchower See am 29. Juni. Also – auf gute Nachbarschaft und viel Erfolg uns allen, wir sehen uns.

BIRGIT STENZEL



„Auf ein Eis“ mit Norman Wolf, Rosemarie Heyer, Silke Mock und dem Abgeordneten Harald Wolf. Themen am Stand waren vor allem die mangelnden Schulplätze in Karlshorst.

Kinder sollten eine gute Bindung haben

Jochen Rakowski



Jochen Rakowski ist der fachpolitische Sprecher für interreligiösen Dialog der Fraktion.

© PRIVAT

Mit seinen 30 Jahren gehört Jochen zu den jungen Genossen der Fraktion. Hört man seine Geschichten, so hat er schon viel erlebt. Aufgewachsen ist er in Lichtenberg. Den Bezirk betrachtet er als seine Heimat, auch wenn er hier nicht mehr wohnt. Hier lebte er mit Eltern und Bruder im Prinzenviertel in Karlshorst, besuchte die Mildred-Harnack-Oberschule in Frankfurter Allee Süd und erlebte Abenteuerspiele auf dem ehemaligen Kasernengelände der Roten Armee. Nicht nur die Vergangenheit verbindet Jochen mit Lichtenberg. Auch sein Vater hat hier viele Jahre ehrenamtlich Kinder- und Jugendarbeit geleistet und betreibt mittlerweile seit vielen Jahren ein Fahrradgeschäft. Das Geschäft zeichnet sich durch die individuelle Kundennähe und die persönliche Beratung aus. Ein wichtiger Platz

für Jochen war die liberale Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde in der Heinrichstraße 31. Hier besuchte er den Kindergottesdienst und ließ sich mit 18 Jahren taufen, so wie es in der Baptistengemeinde Brauch ist. Dort wird nicht nur die Gläubigentaufe praktiziert, sondern auch eine strenge Trennung von Staat und Kirche vertreten. Für Jochen ist Religion eine private Angelegenheit, Missionieren lehnt er ab. Durch ihn hat die Fraktion das erste Mal in ihrer Geschichte einen fachpolitischen Sprecher für den interreligiösen Dialog, eine echte Bereicherung für DIE LINKE. Seine Suche nach einem Beruf stand eher unter dem Zeichen des sich Ausprobierens. Zunächst wurde er Fachverkäufer für Mode-Textil. Er verkaufte Jeans und legte dabei viel Wert auf die Beratung. Doch leider konnte er

von dem Job nicht leben. Schließlich musste die erste eigene Wohnung bezahlt werden. Jochen jobbte in einer Fleischerei, arbeitete in der Garten- und Landschaftsgärtnerei Späthsche Baumschule und werkelt in der Tischlerei des Naturkundemuseums. Durch diese Arbeitsstellen, so erklärt Jochen lachend, habe er Berlin ganz gut kennengelernt. Seine eigentliche Berufung scheint er nun als Erzieher gefunden zu haben. Nach einer berufsbegleitenden Ausbildung arbeitet er heute in einer Kita in Hellersdorf, vor allem mit Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren. Doch Jochen hat weiterführende Pläne. Er möchte an eine Grundschule wechseln und dort als Klassenerzieher arbeiten. Dabei kann er sich vor allem eine Brennpunktschule und die Arbeit mit schwierigen Kindern und mit Mädchen und Jungen aus Migrantenfamilien vorstellen. Als Grundlage der pädagogischen Tätigkeit versteht Jochen die Beziehungsarbeit: Kinder sollten eine gute Bindung haben.

Auch politisch war Jochen zunächst auf der Suche, bevor er sich der Linksjugend solid und der LINKEN anschloss. 2016 kandidierte er erfolgreich für das Kommunalparlament. Seinen Arbeitsschwerpunkt sieht er vor allem in der Ausschussarbeit. Reden in der BVV ist nicht so seine Sache - lieber arbeitet er im Hintergrund. Gleich in drei Ausschüssen ist Jochen vertreten. Neben den Ausschüssen Haushalt/Personal und Integration ist er Ausschussvorsitzender für Gleichstellung und Inklusion. Anträge entwickeln und mit Betroffenen zusammenzuarbeiten macht Jochen viel Spaß. Auch im parteiübergreifenden Wirken aller Demokraten hat er bisher gute Erfahrungen gemacht. Doch mit der Arbeit in der BVV ist seine ehrenamtliche Tätigkeit noch nicht erschöpft. Er engagiert sich zudem u. a. beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in der internationalen Suche nach Angehörigen von geflohenen Menschen.

Jochen verbringt seine Freizeit gern am Wasser. Er liebt die Ostsee und Hiddensee. Und Fische haben es ihm angetan; schon als 7-Jähriger hat er in einer Waschsüssel Fische gehalten. Heute betreibt er zu Hause naturnahe Aquaristik. Ein Hobby, das zu dem ruhigen und ausgeglichenen jungen Mann passt.

DANIELA FUCHS

WANN UND WO

- **4. und 18. Juni, jeweils 19 Uhr**
Fraktionsversammlung im Ratsaal des Rathauses Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **13. Juni, 18 Uhr**
Mangelware (fach)ärztliche Versorgung: Was tun?, Stadtteilzentrum in der Anna-Ebermann-Straße 26
- **21. Juni, 17 Uhr**
Bezirksverordnetenversammlung, Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36

Kulturtipp

Der Volksgerichtshof 1934-1945 Terror durch „Recht“

Der Volksgerichtshof gehörte zu den Terrorinstrumenten des NS-Staates zur Bekämpfung von „Staatsfeinden“. Mehr als 16.700 Menschen standen von 1934 bis Kriegsende vor den Schranken dieses Pseudogerichts, dessen langjähriger Vorsitzender Roland Freisler war. Ab 1942 wurde jeder zweite Angeklagte zum Tode verurteilt. Oft reichten Denunziationen oder ein politischer Witz aus, um dem Henker übergeben zu werden. Die informative Ausstellung zeigt die Entstehung und den Aufbau des Gerichts und seine Urteilspraxis. Erschütternde Einzelschicksale wie die der Geschwister Scholl informieren über die Rechtlosigkeit der Angeklagten und ihre Demütigungen. Thematisiert wird auch der Umgang mit den Tätern in der DDR und der BRD.

DANIELA FUCHS

- Die Ausstellung ist bis zum 21. Oktober 2018 täglich von 10 – 20 Uhr im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors, Niederkirchnerstraße 8 zu sehen. Der Eintritt ist frei.

IMPRESSUM



Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:

30. Mai 2018

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Kleinod im Beton

Feierabendgenuss im eigenen Mietergarten Splanemannstraße Friedrichsfelde Süd. „Ich bin original ein ‚Ein-geladener‘“, stellt sich Uli Voigt vor. Zur „noch bezahlbaren“ Zweieinhalb-Zimmerwohnung – „natürlich keine 49 Mark mehr, wir leben im Kapitalismus“ – verfügt seine Familie über mancherlei Nebengelass in Keller und auf dem Boden. „Meine Mutter wohnt seit 1958 hier, mit den Nachbarn ver-stehen wir uns gut“.

Die ursprünglich 138 Wohnungen, mit Küche, Bad und WC, Kammer, Loggia oder Balkon, in bis dreistöckigen, heute in Rottönen gestrichenen Häuserzeilen sind die erste deutsche Plattenbausiedlung. Dem in Stahlbetonbauweise vorgefertigten New Yorker Großplatten-Stadtgartenpro-

jekt „Forest Hills Gardens“ folgend, wurden sie 1926-1930 nach dem Konzept des „Neuen Bauens“ durch-gesetzt. Bis 1929 waren die Woh-nungssuchenden in Berlin von 75.000 auf 179.000 gestiegen. So ermögliche die „Gemeinnützige Reichsbund-kriegersiedlung GmbH“ im sozial aus-gerichteten Massenwohnungsbau sogar Mietergärten für etwas eigenes Obst, Gemüse oder Blumen. Heute stehen die 118 mit moderner Heizung ausgestatteten sanierten Häuser unter Denkmalschutz.

Seit 1950 trägt das Ensemble den Namen des von den Nazis umge-brachten Lichtenberger Kommunisten Herbert Splanemann (1912-1945).

Nach DDR-Ende dem ursprüng-lichen Eigentümer zurückgegeben,



© JOACHIM PAMPEL

Uli Vogt ist in der Splanemann-siedlung ist aufgewachsen.

wurden sie der Karlsruher „Domus-Verwaltungs GmbH“ verkauft. Nicht alle Mieterinnen und Mieter sind da-mit glücklich. In der Friedenhorster Straße wird die Erreichbarkeit der Verwaltung und deren Umfeldpflege kritisiert. Spielplatzareal, Müllplatz und zum Hönower Weg hin bebaubare Flächen seien unzumutbar.

Weiterbauenden Eigentümern wird empfohlen, an Konzepte der „Deutsche Bauhütte. Verband sozi-aler Baubetriebe“ anzuknüpfen, die das Splanemannsiedlungs-Kleinod hervorbrachten. Stadtplaner Andrej Holm läßt grüßen!

JOACHIM PAMPEL

Girls-Day im Bundestag

Hallo! Ich bin Elizabeth Charlott. Zu mir: Ich bin 10 Jahre alt, lebe mit mei-ner Familie in Berlin-Lichtenberg und gehe in die Klasse 5B der Schule am Hamburger Platz. Meine Interessen finden sich in den Themen Politik, Na-turschutz und -entwicklung als auch Astronomie wieder, die sich auch in meinem zukünftigen Beruf wiederfin-den sollen.

Aus Anlass des Girls- und Boys-Day, welcher am 26. April stattge-funden hat, war ich bei den LINKEN im Bundestag. Norman hatte mich

anfangs etwas herumgeführt und mich zum Büro von Gesine Lötzsch gebracht. Dann gab Klaus mir eine Kamera, mit der ich Anika, Klaus, Nor-man und Maria fotografieren sollte. Als Klaus sagte, dass er mich rumfüh-ren sollte, nahm ich die Kamera mit, was sich auch lohnte. Wir sind zuerst zur Plenarsitzung gegangen, wo der nun 70-jährige Staat Israel bespro-chen wurde. Danach ging es um Steu-ern, ein Thema, dass mich nicht wirk-lich interessierte, weshalb ich und Klaus dann auch weitergingen und zwar zur Kuppel des Reichstagsgebäudes. Wir sind die Spirale rauf- und anschließend wieder runtergegangen, währenddessen ich noch ein paar Fo-tos machte. Ich sah den Tiergarten, den Hauptbahnhof, den Potsdamer Platz und vieles mehr. Dann sind wir wieder zurück und essen gegangen. Nach einem Eis und Gemüse führte Maria mich nun etwas rum. Natürlich durfte der Fotoapparat nicht fehlen! Anfangs gingen wir an einer Art Café vorbei, wo Maria mir einen Riesen-Do-nut (ja, der heißt wirklich so) kaufte. Dann gingen wir über eine sehr hohe Brücke über die Spree zum Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Dann haben wir den Spieß umgedreht und sind unter der Spree durch ein Parkhaus weiter-gelaufen, und dann waren wir auch schon wieder im Büro. Ein kurzes, aber sehr amüsantes und schönes Vergnügen! Vielen Dank nochmal an das nette Team und Gesine Lötzsch, die das Ganze möglich gemacht ha-ben.

ELIZABETH CHARLOTT



© KLAUS SINGER

Elizabeth wollte etwas über den Atomwaffensperrvertrag und den Iran-Konflikt von Evrim Sommer wissen.

ANGESCHOBEN

240er Kiezanschluss

An dieser Stelle berichten wir über Projekte, die die Lichtenberger LINKEN in den vergangenen Monaten und Jahren initiiert und auf den Weg gebracht haben.

Auf Einladung des Mitgliedes des Berliner Abgeordnetenhauses Sebastian Schlüsselburg, DIE LINKE., berieten Rainer Paul, Bezirks- und Zielgruppenmanager der Berliner Verkehrsbetriebe, sowie Jürgen Hofmann, Sprecher des FAN Beirates und Leiter dessen AG Verkehr, darüber, wie nach Fertigstellung des neuen Wohngebietes Lindenhof eine Busanbindung umgesetzt werden kann. Zur Vorstellung der BVG, eventuell den 240er Bus umzuleiten, hat Prof. Lothar Winter im Namen des FAN Beirates mittlerweile einen Vorschlag unterbreitet.

Die Route soll aus Richtung Ost-bahnhof auf der Rüdigerstraße über Siegfriedstraße bis Kriemhildstraße erfolgen, dort links abbiegend zum Lindenhof führen. Auf der Gotlindestraße geht es bis Siegfriedstraße, in die sie rechts einbiegt. Straßen-zustand und Kurvenradien sind für Busse geeignet. Eine Reaktivierung der ehemaligen Haltestelle Gotlinde-, Ecke Siegfriedstraße böte Umsteige-möglichkeit zum Bus 256 und zu Stra-ßenbahnen als Zubringer zum Bahn-hof Lichtenberg.

Mit der Fertigstellung des Wohnge-bietes Lindenhof Ende 2018 werden etwa 2.500 neue Lichtenberger hier sesshaft. Eine neue Kita und ein öf-fentlicher Spielplatz sollen bis Ende 2019 entstehen. JOACHIM PAMPEL



© JOACHIM PAMPEL

Hier könnten ab 2019 die An-wohner im Kiez Gotlinde-, Kriem-hild-, Rüdigerstraße den 240er Bus benutzen.

Steuerprüfungen bei Einkommensmillionären **versechsfacht**



Steuermehreinnahmen kommen auch maroden Straßen zugute.

Benjamin Franklin hat 1789 in seinen Briefen an Leroy die folgenden berühmten Worte zum Thema Steuern geschrieben: „Nichts in dieser Welt ist sicher außer dem Tod und den Steuern“. Mit Blick auf unsere heutige internationale Finanzwelt möchte man einschränkend ergänzen, dass dies bei weitem nicht für alle gilt. Während die übergroße Mehrheit der Menschen ihre Steuern direkt mit der monatlichen Gehaltszahlung oder beim Einkauf im Supermarkt entrichtet, gibt es eine Minderheit von Steuerzahlern, bei denen es sich lohnt, genau-

er hinzuschauen. Gemeint sind die Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkünften, umgangssprachlich seit DM-Zeiten auch Einkommensmillionäre genannt. Darunter fallen alle, die mehr als 500.000 Euro an Überschusseinkünften im Jahr haben.

Ich frage den Senat jährlich nicht nur danach, wie viele dieser Einkommensmillionäre es in Berlin gibt, sondern vor allem auch, wie oft bei ihnen Steuerprüfungen vorgenommen werden und welche Steuermehreinnahmen dadurch erzielt werden konnten.

Das Problem: In Berlin sind im Jahr

2016 nur elf sogenannte Außenprüfungen vorgenommen worden. Und: Die Prüfungen sind in den vergangenen Jahren zurückgegangen. 2006 waren es noch 72. Dabei lohnt es sich, die Steuerehrlichkeit genauer zu überprüfen. In den Jahren 2006 bis 2016 lag das durchschnittlich festgestellte Mehrergebnis der Außenprüfungen bei rund 88.940 Euro pro Prüfung. DIE LINKE hat sich in Senat und Abgeordnetenhaus dafür eingesetzt, dass wir hier eine Trendwende einleiten.

Ein Jahr später sieht die Bilanz besser aus: Unter der neuen Koalition aus SPD, DIE LINKEN und Grünen (r2g) fanden 67 Außenprüfungen statt. Daraus erwuchsen im vergangenen Jahr insgesamt Steuermehreinnahmen von 5,5 Millionen Euro. Ich hoffe, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Sie ist nämlich nicht nur ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit. Jeden Cent an Steuern, den wir einnehmen, brauchen wir dringend für Investitionen in unsere rasant wachsende Stadt. Wir alle brauchen gute Krankenhäuser, Schulen, Kitas, Straßen, Brücken und einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG

Ein Verteilerin-Urgestein

■ **Dorothea, seit wann und wo verteilst Du die info-links?**

Ich verteile mit weiteren Genossen aus meiner Basisorganisation seit den 90er Jahren in Alt-Hohenschönhausen die Zeitung. Derzeit bringen wir 500 Exemplare an die Bewohner.



Dorothea Döring verteilt seit über 30 Jahren die info links.

■ **Was bewegt Dich dazu, diese ehrenamtliche Tätigkeit auch heute noch mit 85 Jahren auszuüben?**

Ich halte es nach wie vor für wichtig, die Bewohner in unserem Bezirk über die Aktivitäten und das Handeln unserer Partei zu informieren. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass unsere Positionen und sowie das von unserer Partei Erreichte in der Presse nach wie vor zu kurz kommen.

■ **Wie gefallen Dir die Artikel und das Erscheinungsbild der Zeitung?**

Ich finde es ein wirklich ausgezeichnetes Blättchen, vor allem was die Aufmachung angeht. Die festen Spalten und Rubriken geben den Lesern eine gute Orientierung und schaffen einen Wiedererkennungswert.

■ **Hast Du dennoch Verbesserungsvorschläge?**

Im Großen und Ganzen bin ich mit der Zeitung wie gesagt sehr zufrieden. Ich würde mir aber wünschen, dass wir unsere Erfolge stärker in den Vordergrund stellen.

■ **Wie sind die Reaktionen auf Dich und die Zeitung?**

Negative Rückmeldungen sind eher selten, wir sind mit unserer Zeitung aus meiner Sicht weitgehend etabliert.

■ **Welche Herausforderungen siehst Du für die nächsten Jahre?**

Für die Zukunft hätte ich die Hoffnung, dass auch jüngere Genossen – auch aus der technischen Basisorganisation – uns beim Verteilen im Gebiet unterstützen würden. Über kurz oder lang ist das sowieso zwangsläufig. Was wir jetzt versäumen, fällt uns irgendwann auf die Füße.

ROBERT SCHNEIDER

Erwartungen an den Parteitag

Für oder gegen Wagenknecht, pro oder contra Kipping. Sammlungsbeziehung oder Bewegungspartei? Kipping für Bewegung, Wagenknecht für Sammlung – Sammlungspartei, Parteibewegung, Parteisammlung, Bewegungssammlung ...

Beliebiger geht es kaum! Hinter den Reizworten steht aber ein zunehmend medial ausgetragener Machtkonflikt. Ein Konflikt, der dieser Partei schon jetzt massiv schadet. Ich werde

mich als Delegierter an diesem Konflikt nicht beteiligen. Ich finde Bernd Riexinger und Katja Kipping haben in den letzten Jahren einen guten Job gemacht. Ich werde sie daher wieder wählen. An der Demontage von Sarah Wagenknecht als Fraktionsvorsitzende werde ich mich deshalb aber noch lange nicht beteiligen. Angesichts der anstehenden politischen Herausforderungen hat der Parteitag für selbstzerfleischende Personaldebatten keine Zeit.

ANTONIO LEONHARDT

Dass es zwischen Partei- und Fraktionsspitze nicht gut läuft, lässt sich nicht leugnen oder schönreden. Wenn Konflikte so tief liegen, dass sie der Partei öffentlich schaden, sollten Konsequenzen gezogen werden. Ich wünsche mir Parteivorsitzende, die nicht Teil der Bundestagsfraktion sind, sich auf ihr Amt konzentrieren und nicht hinter jeder Entscheidung einen Angriff wittern.

Kipping und Riexinger dürften laut



Julia Müller

Satzung noch eine Legislatur im Amt bleiben. Spätestens 2020 wird ein Wechsel kommen. Wir dürfen neben den Personaldebatten nicht vergessen, die wichtigen Fragen der Zeit zu klären und Positionen zu er- bzw. zu überarbeiten. Das gilt für ein Einwanderungsgesetz genauso wie das Verhältnis zu Religion und zum bedingungslosen Grundeinkommen. Hier sind Entscheidungen dringend nötig.

JULIA MÜLLER



Antonio Leonhardt

Wir brauchen mehr Solidarität

Im Vorfeld unseres Bundesparteitag gibt es viele Diskussionen über unseren weiteren Weg als Partei. Aktuelle Fragen erfordern aktuelle Antworten. Oft sind 200 Jahre alte Antworten immer noch richtig. Denken wir an Karl Marx. Für mich ist wichtig, dass die Menschen mit der Partei DIE LINKE Solidarität verbinden. Gerade in Zeiten der Entsolidarisierung ist Solidarität überlebenswichtig. Wenn wir uns anschauen, wen die Bundesregierung sanktioniert und wen nicht, dann können wir ein klares Muster erkennen: Wer schwach und schlecht organisiert ist, der muss mit Sankti-

onen rechnen, wer dagegen mächtig und gut organisiert ist, muss keine Sanktionen fürchten. Die Regierungen sanktionieren die Schwachen, um in der Gesellschaft als harte Hunde dazustehen, als Beschützer der Steuergelder. Sie haben ein umfassendes Demütigungsprogramm für Arbeitslose entwickelt. Das schafft Frustration und Hass, aber keine Motivation. Ich kann mich nicht erinnern, dass der ehemalige Wirtschaftsminister Gabriel jemals einem Unternehmen mit Sanktionen gedroht oder sie sogar umgesetzt hätte. Das wäre auch schlecht, wenn man nach seiner poli-

tischen Laufbahn einen guten Posten in der Wirtschaft ergattern will. Die Sanktionspolitik der Bundesregierung ist ungerecht und entsolidarisierend. Sie fordert und fördert Arbeitslose nicht, sie demütigt die Schwachen, um von den Mächtigen gelobt zu werden. Das ist moralisch verwerflich.

Wenn wir uns gegen Sanktionen, gegen Demütigungen und gegen Entsolidarisierung wehren, dann ist das gut, aber nicht genug. Genossen und Genossinnen müssen sich untereinander solidarisch verhalten, wenn sie es nicht tun, verlieren sie jede Glaubwürdigkeit.

GESINE LÖTZSCH



MIT RAT & TAT

TERMINE

- **9.6., 9.30 Uhr**
Hohenschönhausener Gartenlauf, KGA Falkenhöhe Nord
- **13.6., 18.30 Uhr**
Lia-Treffen (Jugendgruppe), Alfred-Kowalke-Straße 14
- **16.6., 14-22 Uhr**
„Wir im Kiez“ zum 12. Mal, Müns-terlandplatz im Weitlingkiez
- **18.6., 19 Uhr**
Sitzung des Bezirksvorstandes, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **19.6., 18 Uhr**
Lia-Treffen (Jugendgruppe), Alfred-Kowalke-Straße 14
- **21.6., 10-16 Uhr**
Markt der sozialen Möglichkeiten, EKZ „Am Tierpark“
- **22.6., 18.30 Uhr**
Berlin Plenum „Wohnen auf den Dächern der Kapitalisten“, Café Maggie, Frankfurter Allee 205
- **29.6., 15 Uhr**
Ostseefest, Festplatz am Malchower See
- **29.6., 17-21 Uhr**
Basiskonferenz Landesverband, Franz-Mehring-Platz 1

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdA, WK 1**
fon 030.960 631 28,
13.6., 16 Uhr, Bürgersprechstun-
de am Infostand Welsegalerie 1
- **Sebastian Schlüsselburg, MdA, WK 4**, fon 030.285 065 24,
21.6., 18 Uhr, Casa del Popolo
Wahlkreisbüro Buggenhagenstr.
19, Anmeldung unter schluessel-
burg.wkb@linksfraktion-berlin
- **Hendrikje Klein, MdA, WK 5**
fon 030.232 525 60,
25.6., 17.30 Uhr, Alfred-Kowal-
ke-Straße 14, Anmeldung unter
team@hendrikjeklein.de

Die Friedenspartei



Sebastian Schlüsselburg

Sebastian Schlüsselburg ist Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus und im Bezirksvorstand der Lichtenberger LINKEN. Sebastian ist auch stellvertreter Bezirksvorsitzender. In dieser Ausgabe berichtet er von seiner Motivation und Arbeit.

■ Warum bist du Mitglied der LINKEN geworden?

Im Januar 2005 bin ich gemeinsam mit vielen Freunden aus dem Jugendverband JungdemokratInnen/Junge Linke in die damalige PDS eingetreten. Mich hat dann die Gründung der LINKEN gefreut und bestätigt, dass es genau die richtige Entscheidung war. Ausschlaggebend war die Kriegspolitik der Schröder/Fischer-Regierung. Schon 2001 beim Afghanistankrieg war mir klar: Wenn ich in eine Partei eintreten sollte, dann in die Friedenspartei PDS.

■ Was machst du im Bezirksvorstand?

Ich bin seit 2012 stellvertretender Bezirksvorsitzender und habe vor allem versucht dazu beizutragen, dass wir nach der Wahlniederlage 2011 wieder Vertrauen in Lichtenberg zurückgewinnen und als Partei wieder kampagnen- und siegfähig werden. Dazu gehörte auch die Gründung der Ortsverbände oder die Leitung des Bundestagswahlkampfes 2013.

■ Was konntest du im Abgeordnetenhaus für Lichtenberg erreichen?

Wir Lichtenberger Abgeordnete haben u.a. zunächst den Weiterbau der A100 gestoppt, den ermäßigten Eintritt für Transferleistungsempfänger im Tierpark zurückgeholt und uns dafür eingesetzt, dass das Hubertusbad zunächst für Kulturzwecke geöffnet wird.

JULIA MÜLLER

Der Neue in der Geschäftsstelle

Marina Richter-Kastschajewa hat den Staffstab weitergegeben – an mich, Urberliner, geboren, aufgewachsen und noch immer in Lichtenberg. Nach über 25 Jahren Arbeit mit Jugendlichen, von Jugendklub bis Einzelfallhilfe, dann fast 3 Jahren Flüchtlingshilfe nun die Geschäftsstelle. Eine spannende Aufgabe und Herausforderung. DIE LINKE. Lichtenberg - der mitgliederstärkste Verband unserer Partei, die stärkste Fraktion in der BVV, Micha als Bürgermeister und Katrin als Stadträtin, Abgeordnete aus jedem Wahlkreis im Abgeordnetenhaus und mit Gesine direkt im Bundestag. Noch steigerungsfähig? Wachstumsbezirk Lichtenberg! Der enorme Zuzug junger Familien bringt sicher auch viele neue Genossinnen und Genossen zu uns. Es wird mir und sicherlich uns allen eine Freude sein, diese zu finden und kennenzulernen. Die Tür der Geschäftsstelle wird allen offenstehen, gerne auch außerhalb der Öffnungszeiten, eine kurze Terminvereinbarung wird genügen.

HARTMUT ZICK



Hartmut Zick

Gute Laune im Abgeordnetenbüro

Eine wirklich sehenswerte Ausstellung von Karikaturen findet man derzeit im gemeinsamen Bürgerbüro der Abgeordneten Hendrikje Klein und Harald Wolf, beide MdA. Auf liebenswerte und herzerfrischende Art werden die Verhaltensweisen der Menschen, Regeln unseres Zusammenlebens und all die kleinen Zwischenfälle des Alltags aufs Korn genommen, manches nachdenkenswert, das meiste ein wenig skurril, auf jeden Fall unterhaltsam. Man steht wie gebannt davor und kann sich nicht satt sehen. Einfach nur mal flüchtig „drüber schauen“ geht hier nicht. Mit großem Vergnügen und einem nicht enden wollenden Lächeln auf den Lippen findet man so viele lustige Details, die einfach Spaß machen entdeckt zu werden – wirklich grandios!

Geschaffen wurden all diese Werke von Valeriu Kurtu, einem Künstler aus Moldawien, Jahrgang 1956, der seit 1994 in Berlin lebt. Nach seinem

Studium an der sowjetischen Kunstfachscheule produzierte er auch Trickfilme. Seine Bilder konnte er in zahlreichen Magazinen und Zeitschriften veröffentlichen, so z. B. auch im „Eulenspiegel“. Außerdem entwirft und gestaltet er Motive für die bekannten und beliebten Berliner Buddy Bären. Mehr als 100 Preise und Auszeichnungen hat er mit seinen Werken bereits eingesammelt. Er betreibt mit seiner Frau Julia, die ebenfalls Künstlerin ist, ein Atelier in Berlin-Mitte und leitet seit 2010 den „Internationalen Karikaturwettbewerb“ in Berlin.

Besuchen Sie diese Ausstellung, mit der er gerade in der Alfred-Kowalke-Straße gastiert (Eintritt frei). Sie werden es nicht bereuen. Nehmen Sie sich ein bisschen Zeit, lassen Sie sich einfangen von diesen wunderbaren Werken und die Begeisterung und eine gehörige Portion guter Laune kommen von ganz allein.

ANDREA SCHACHT



Die amüsanten Karikaturen von Valeriu Kurtu sind in der Geschäftsstelle zu sehen.

Fotorätsel



Das „Team Löttsch“ gewann dieses Jahr zum ersten Mal den Pokal beim Sponsorenturnier eines Lichtenberger Fußballvereins. **Wie heißt der Verein?**

Die fünf Gewinner, die von den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2018 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u. a. ein Gespräch mit Gesine Löttsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums.

Einsendeschluss ist der 29.6.18.

Bitte Antworten an gesine.loetzsch@bundestag.de oder per Post: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Löttsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Die Lösung des Mairätsels: Schillerpark. Vielen Dank für die vielen richtigen Lösungen. Die GewinnerInnen werden angeschrieben.

Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14 hat wie folgt geöffnet:

- dienstags 10 -17 Uhr
- mittwochs 13 -18 Uhr
- donnerstags 12 -17 Uhr
- freitags 12 -17 Uhr

Termine außerhalb der Öffnungszeiten gerne nach Absprache.

Geschäftsstellenleiter: Hartmut Zick

- **Telefon:** 030/512 20 47
- info@die-linke-lichtenberg.de
- hartmut.zick@dielinke.berlin

„info links“ wird herausgegeben von:

DIE LINKE, Landesverband Berlin

Redaktionsadresse:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE

Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Fon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 516 592 42

Mail: info@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.: Gesine Löttsch

Redaktionsschluss:

Ausgabe Juni: 30. Mai 2018

Die nächste Ausgabe erscheint am 5. Juli 2018

Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Gestaltung: Uta Tietze

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:

DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg

IBAN: DE 59 10 0708 4805 2560 7803

BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck

angeben:

810-503, info links, Ihr Name, Vorname

THEATER

■ **Sonnabend, 16.6., 20 Uhr**

Don Quijote, ein Trauerspiel nach Telemann, 16+, Das Weite Theater, Parkaue 23

LESUNG

■ **Sonntag, 10.6., 16 Uhr**

Lyrik und Musik: Daniela Seel liest und Andrea Ermke spielt, studio im HOCHHAUS, Zingster Str. 25, Eintritt frei

■ **Dienstag, 26.6., 18 Uhr**

Gedrucktes – Lesung, Gespräch mit Dr. Gesine Löttsch und Dr. Jens Sparschuh, „Das Leben kostet viel Zeit“ – ein philosophisches wie herrlich humorvolles Nachdenken über die Entstehung von Lebenserzählungen. Karl-Liebke-Haus, „Rosa-Luxemburg-Saal“, Kleine Alexanderstraße 28, Eintritt frei. Anmeldung erforderlich. Tel: 030-227-71787 oder per E-Mail: gedrucktes@die-linke.de

KIEZ / FAMILIEN

■ **Sonnabend, 9.6., ab 11 Uhr**

Frieda trifft UNDINE, Gedenkspaziergang u. Kiezbrunch anlässlich des 127. Geburtstags von Frieda Rosenthal, Besuch der Stolpersteine für Helen Levy u. Hermann Rindsberg, ab 12 Uhr, Kiezbrunch, Hagenstr. 57

■ **Sonnabend, 30.6., 14-20 Uhr**

Festival Herzberger Lichtenberg-Fest der Vielfalt und Begegnung, Museum Kesselhaus, Herzbergstraße 29, Haus 29

SENIORINNEN / SENIOREN

■ **Donnerstag, 21.6., 14 Uhr**

Tanznachmittag, Live Musik mit Hartmut Haker, Seniorenbegegnungsstätte Einbecker Str. 85, Kosten 4 €

AUSSTELLUNGEN

■ **Donnerstag, 14.6., 19 Uhr**

Eröffnung: Saskia Wenzel, Im Rausch der Farben, Malerei und Zeichnung, bis 26.7. Galerie Ost-Alt, Giselstraße 12

■ **Freitag, 22.6., 19 Uhr**

Geschichte der Verfolgung und Marginalisierung von Sinti und Roma in Lichtenberg, bis 1.7. **Industriegeschichte Lichtenberg:** Streifzug durch die Zeit der Industrialisierung Lichtenbergs, Museum Lichtenberg, Türschmidtstraße 24, Di. - Fr., So. 11-18 Uhr, Eintritt frei